Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31207
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 668
Postscheck-Konto: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwortg. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
82. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 30% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr 47 — Mittwoch, den 25. Februar — 1925

Reichssteuergesetze und sächsische Steuern

Der sächsische Finanzminister über die schwebenden Steuerfragen. — Der Landtag lehnt einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister ab.

Sächsischer Landtag.

120. Sitzung.

Dresden, den 24. Februar 1925.

Auf der Tagesordnung steht eine Anzahl Kapitel des Nachtragsetats zur Verschiebung.

Vor Eintritt gibt

Finanzminister Dr. Reinhold

eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Regierung hat sich dem Landtage gegenüber verpflichtet, die neuen Gesetze über die Besteuerung des Grundbesitzes und des Gewerbebetriebes, wie dies auch ihrem eigenen Wunsche entsprach, noch vor Beendigung des Etatjahres vorzulegen. Beide Gesetze sind seit Wochen fertig und können deshalb vom Landtage jederzeit angehen. Das Grundsteuergesetz ist auf dem Prinzip der Grundwertsteuer, das Gewerbesteuergesetz auf dem Prinzipe der Besteuerung des im Gewerbebetrieb investierten Kapitals und des erzielten Ertrages aufgebaut;

in beiden Gesetzen ist für die Gemeinden ein nach oben begrenztes Zuschlagsrecht vorgesehen.

Inzwischen hat aber die **Reichsregierung** an den Reichsrat **sieben neue Steuergesetze** gebracht, die bei ihrer Annahme die beiden in Frage stehenden sächsischen Gesetze wesentlich beeinflussen müßten. Es sei hier insbesondere auf den Entwurf des Reichsbewertungsgesetzes hingewiesen, der in § 1 bestimmt, daß die nach den Vorschriften dieses Gesetzes festgestellten Werte auch für die Steuern der Länder und Gemeinden, die diese nach dem Merkmale des Wertes einzelner Vermögensarten erheben, zu gelten haben,

eine Bestimmung, die eine außerordentlich einschneidende Umänderung des sächsischen Gewerbesteuer- und Grundwertsteuergesetzes zur Folge haben müßte.

Weiter sei auf die Entwürfe eines Körperschaftssteuergesetzes, sowie eines Gesetzes über diesgegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und Gemeinden hingewiesen, die nach der Meinung der Regierung ebenfalls nicht ohne Rückwirkung auf die sächsischen Gesetze bleiben können.

Dazu kommt, daß das Schicksal des Finanzausgleichs zwischen dem Reiche einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits noch vollständig ungewiß ist.

Nach den Informationen der Staatsregierung hat das Reichsfinanzministerium an das Reichskabinett eine Vorlage über den Finanzausgleich gebracht, die nach der übereinstimmenden Meinung der Finanzminister aller deutschen Länder für die Länder- und Gemeindefinanzen unerträglich ist, da sie den Ländern und Gemeinden von ihren bisherigen Einnahmen zugunsten des Reiches sehr wesentliche Teile nimmt und die Länder und Gemeinden zwingen würde, falls sie Gesetz werden sollte, ihre Realsteuern — in Sachsen also die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und die sogenannte Mietzinssteuer — in einer Weise anzuspannen, die der Regierung für die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung unerträglich erscheint, während das Reich gleichzeitig seine eigenen Steuern, so z. B. die Reichsvermögenssteuer, nicht unwesentlich senken will.

Vor Verabschiedung des Reichsfinanzausgleichs ist es deshalb unmöglich, die Sätze, nach denen die Grundwertsteuer und die Gewerbesteuer zur Erhebung kommen sollen, endgültig festzustellen.

Aus diesen Gründen hält es die Staatsregierung für unmöglich, über die beiden sächsischen Steuergesetze zu beraten oder sie etwa gar zu verabschieden, ehe über die in Frage stehenden Reichsgesetze und den Finanzausgleich eine endgültige Klärung erfolgt ist. — Die Erklärung wurde dem Aeltestenausschuß überwiesen.

Den Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister, der von den Kommunisten eingebracht worden war, beschloß man am Schlusse der Tagesordnung zu behandeln.

Zu dem Kapitel des Nachtrages zum ordentlichen Staatshaushaltplan für 1924, Landespolizei, berichtete Abg. Schnirch (Soz.) und stellte den Antrag, die Einstellungen zu genehmigen.

Ministerialrat Künkler verlas eine Erklärung der Regierung über eine Anfrage vom 3. Oktober 1924 wegen angeblicher „Korruption bei der Landespolizei in Burgen", in der dargelegt wurde, daß von allen in dieser Anfrage angeschnittenen Gegenständen lediglich zwei Fälle noch nicht geklärt seien; alle diese Fälle liegen außerdem Jahre zurück.

Die Nichtladung der Kommunisten zur Polizeiübung führte zu einer lebhaften persönlichen Aussprache zwischen Abg. Siewert (Komm.) und der Abg. Frau Büttner (Soz.).

Der Landespolizeietat wurde gegen acht Stimmen der Kommunisten angenommen.

Weiter wurden die Kapitel Akademie der bildenden Künste zu Dresden, Universität Leipzig und Pädagogisches Institut zu Leipzig und Evangelisch-Lutherisches Landeskonsistorium und Katholische Geistliche Behörden genehmigt.

Genehmigt wurde weiter das Kapitel Technische Hochschule.

Ueber das Kapitel Höhere Lehranstalten berichtete Abg. Frl. Hertwig (D. Vp.); es wurde genehmigt, ebenso einige weitere Kapitel.

Beim Kapitel Gesamtministerium und Staatskanzlei bezeichnet es Ministerpräsident Heldt als ein Ammenmärchen, daß die sächsische Regierung die Gesandschaft in München aufgehoben habe. Die Regierung Heinze sei von der Notwendigkeit der Gesandschaft überzeugt gewesen. Sie habe nur eine Umbesetzung vornehmen wollen. Dagegen habe sich aber Bayern gewandt und die Beziehungen zu Sachsen abgebrochen. Daraufhin sei die Gesandschaft aufgehoben worden. Man habe in letzter Zeit eine ganze Reihe von Angelegenheiten zu erledigen gehabt, was glatter gegangen wäre, wenn man in München einen beglaubigten Vertreter gehabt hätte.

Das Kapitel wurde gegen wenige Stimmen verabschiedet, ebenso der Gesetzentwurf zum Nachtragsetat.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kam der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister zur Beratung. Die Begründung gab in langen Ausführungen Abg. Böttcher (Komm.).

Der Präsident stellt unter großer Heiterkeit des Hauses fest, daß die Unterstützung für die Besprechung des Antrags nicht ausreicht und diese daher unterbleiben muß.

Während der Abstimmung, die namentlich erfolgt, teilt der Präsident mit, daß der Abg. Schneller (Komm.) sein Mandat niedergelegt habe. (Große Heiterkeit.) 21 Stimmen lauten auf Ja, 69 Stimmen dagegen auf Nein, 6 Abgeordnete fehlen. Der Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister ist damit abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Vor einer neuen interalliierten Konferenz

„Journal des Debats" will erfahren haben, daß das Interalliierte Militärkomitee in Versailles der Botschafterkonferenz seinen Bericht über den Stand der deutschen Entwaffnung und das Ergebnis der Generalinspektion erst Anfang nächster Woche übermitteln werde. Gleichzeitig unternehme, so bestätigt das Blatt, das britische Kabinett eine genaue Prüfung des Berichtes, sodaß die Schlußfolgerungen des Marschalls Foch schon im voraus von der englischen Regierung erörtert worden seien. Inzwischen würden die diplomatischen Verhandlungen zwischen Paris und London fortgesetzt, um eine Formel zu suchen, die es erlaube, den Deutschen die Möglichkeit zu geben, sich anläßlich der Entscheidungen, die die Alliierten treffen würden, Gehör zu verschaffen.

Der „Temps" will erfahren haben, daß Verhandlungen auch mit der belgischen Regierung geführt würden und daß sie einen vollkommen normalen Verlauf nähmen, daß sie sich jedoch vorerst nur mit der Frage des Verfahrens beschäftigen. Man sei in Paris von dem Besuche Chamberlains immer noch nicht amtlich unterrichtet worden. Was die Einberufung einer interalliierten Konferenz anbetreffe, an der den Engländern besonders gelegen sei, so schlage man hierfür Brüssel als Versammlungsort vor, weil man annehme, daß die dortige Atmosphäre für eine Verständigung günstiger sei. Aber es frage sich doch, ob es möglich sei, in der zweiten Märzhälfte oder in der ersten Aprilhälfte eine interalliierte Konferenz in Brüssel abzuhalten, denn um diese Zeit könnte das Kabinett Theunis schon als zurückgetreten angesehen werden und die Wahlkampagne sei in vollem Gange.

*

Beteiligung Deutschlands oder nicht?

Der Pariser Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es bestehe kein Zweifel, daß die Stimmung gegen irgendeine Beteiligung der Deutschen an Erörterungen über die Räumung der Kölner Zone sich versteife. England sei entschieden dagegen, daß die französische Regierung mit der deutschen über die Räumungsfrage verhandle. Im Gegensatz hierzu meldet Times aus Paris, es scheine jetzt sicher zu sein, daß die französische Regierung bereit sei, zuzustimmen, daß die Deutschen eingeladen werden, mit den alliierten Regierungen zusammenzutreffen, wenn die letzteren über die Form Beschluß gefaßt haben, welche sie ihrem Ersuchen an Deutschland, seine Abrüstungen zu vollenden, geben werden. Times zufolge befindet sich der Bericht der J. M. K. K. immer noch in den Händen des interalliierten Militärkomitees in Versailles.

Das Befinden Ebert's

Im Zustand des Reichspräsidenten ist keine Veränderung eingetreten. Das Befinden ist befriedigend.

Die Kreditgeschäfte des R.V.A.

Der Ausschuß des allgemeinen freien Angestelltenbundes beschäftigte sich gestern mit der Kreditgebarung der Angestelltenversicherung und fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung eine eingehende Untersuchung des Kreditgebarens der Reichsversicherungsanstalt von Oktober 1923 ab.

Ein neuer Versuch in Preußen

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß Anfang der nächsten Woche entscheidende Besprechungen in der preußischen Regierungsfrage stattfinden werden, und daß eine ganz neue Wendung zu erwarten ist. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Situation werden zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Zentrums Besprechungen stattfinden, deren Ziel es sein würde, eine Beilegung des preußischen Konfliktes herbeizuführen. In den preußischen Zentrumskreisen glaubt man, daß es möglich wäre, zu einer Lösung der Regierungskrise zu kommen, wenn die Rechtsparteien bereit sein würden, unter Marx ein unparteiliches Kabinett zu bilden, das nicht durch den Eintritt der Deutschnationalen einseitig orientiert sein dürfte. Die Vorberatungen hierzu sind jedoch noch nicht in Fluß gekommen, sodaß man kaum irgendwelche Voraussagen über die Aussichten einer solchen Lösung machen kann.

Marx' Angriff auf die Deutschnationalen

Der frühere Reichskanzler Dr. Marx hat auf der Tagung des Provinzialausschusses des westfälischen Zentrums eine aufsehenerregende Rede gehalten, die den politischen Kreisen sehr viel Stoff zu lebhaften Erörterungen gegeben hat. Er wandte sich besonders scharf gegen die Deutschnationalen, von denen er behauptete, daß ihre Teilnahme an der Regierung eine schwere Belastung für die deutsche Außenpolitik darstelle. Marx gab auch zu, daß seit langer Zeit zwischen ihm und dem Außenminister Dr. Stresemann weitgehende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts bestanden haben.

Für die gegenwärtige parlamentarische Lage sowohl im Reiche als auch in Preußen ist diese Stellungnahme des Zentrumsführers Marx von wesentlicher Bedeutung. Schon als er die preußische Ministerpräsidentschaft übernahm, konnte und durfte die Tatsache nicht übersehen werden, daß das Zentrum in ihm seinen maßgebenden Führer an die Front geschickt hatte. Soweit man unterrichtet ist, hat auch jetzt noch Dr. Marx die Verantwortung für die Lösung der preußischen Regierungskrise seiner Partei gegenüber zu tragen und er wird daher, bei der Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten wieder in Vorschlag gebracht werden. Wenn Marx vor dem westfälischen Zentrum die Deutschnationalen bekämpft hat, so meint er damit in Wirklichkeit die Deutsche Volkspartei, die nach Auffassung des Zentrums für die Folgen einer Rechtsorientierung verantwortlich gemacht werden soll. Während im Reiche Dr. Stresemann für die Deutsche Volkspartei die am meisten exponierte Stellung einnimmt, soll Marx für das Zentrum in Preußen als Gegenspieler gegen die Deutsche Volkspartei auftreten. Seine Aufgabe würde es sein, die Position des Zentrums zu verdeutigen, das sich in seinem politischen Einfluß durch die Neuorientierung der Reichspolitik ernsthaft geschwächt sieht.

Wenn man den Versicherungen einiger einflußreicher Zentrumsführer Glauben schenken kann, verfolgt das Zentrum durch seine Haltung in Preußen eine besondere hochpolitische Absicht, die es in absehbarer Zeit durchführen zu können glaubt. Das Reichskabinett Luther wird nämlich nach Ansicht der Zentrumspolitiker in dem Augenblick zu Fall kommen, wo die Rechtsparteien im Reiche den Versuch machen werden, ihr innenpolitisches Programm auf die Regierungspolitik zu übertragen. Dieser Moment werde zwar vorläufig noch nicht eintreten, aber man könne mit Sicherheit voraussehen, daß es zu einem ernsten innenpolitischen Konflikt innerhalb der Regierung kommen müsse, zumal der Reichsminister des Innern Schiele schon jetzt auf dem besten Wege sei, sich in Gegensatz zu den anderen Parteien zu bringen. Das Zentrum hat sich daher darauf eingestellt, Marx im Reiche wieder ans Ruder zu bringen, sobald die Situation hierzu reif ist. Um aber auf jeden Fall freie Hand in der Reichspolitik zu behalten, will das Zentrum in Preußen unter keinen Umständen die Rechtsparteien zur Regierung kommen lassen, die dann in der Lage wäre, auch auf die Reichspolitik einen entscheidenden Druck auszuüben.

SLUB
Wir führen Wissen.